



Stadtratsfraktion Pirmasens

DIE LINKE Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Bernhard Matheis
Postfach 2763

66933 Pirmasens

**Am Immenborn 6
66954 Pirmasens**

Telefon: 06331/227214

Mail: info@linksfraktion-ps.de

Internet: www.linksfraktion-ps.de

Antrag zur Stadtratssitzung am 12. Oktober 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

18. September 2015

DIE LINKE Stadtratsfraktion bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 12. Oktober 2015 zu setzen.

Gesamtkonzept Flüchtlinge in Pirmasens

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Gesamtkonzept für die Unterbringung, Versorgung und gesellschaftlichen Teilhabe von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu erstellen. Darin sollten u.a. enthalten sein:

- 1) Eine Bedarfsplanung für die dezentrale Unterbringung im städtischen Wohnungsbestand der Bauhilfe GmbH sowie eine Planung für die Bereitstellung von Notunterkünften.
- 2) Eine Bedarfsplanung für die psychosoziale Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden mit Stellenplanung für die Einstellung zusätzlicher Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie ausgebildetem Fachpersonal für die psychologische Betreuung.
- 3) Eine Aktualisierung des Schulentwicklungsplans in Hinblick auf die Schaffung von Kapazitäten für schulpflichtige Flüchtlingskinder bzw. Jugendlichen. In diesem Zusammenhang ist die sogenannte Schulrochade zu aktualisieren und an die neuen Erfordernisse anzupassen.
- 4) Eine Aktualisierung der Bedarfsplanung für Kindertagesstätten und Einrichtungen der Jugendpflege in Hinblick auf die Bedürfnisse von Flüchtlingskindern bzw. Jugendlichen.

Begründung:

Nach bisherigen Prognosen wird die Zahl der in Pirmasens aufzunehmenden Flüchtlinge und Asylsuchenden weiter zunehmen. Dies erfordert eine umfassende Planung und eine konzeptionelle Herangehensweise, die das Wohl von Menschen in Not in den Mittelpunkt stellt. Ehrenamtliches Engagement ist erwünscht und begrüßenswert, kann aber diese Aufgabe bei weitem nicht bewältigen. Eine konzeptionelle Planung ist unter den gegebenen Umständen schwierig, aber nicht unmöglich. Die Schwierigkeit besteht darin, dass z.B. die Anzahl der nach dem gültigen Verteilungsschlüssel zugeteilten Personen erst sehr kurzfristig vorliegt. Eine Lösung könnte darin liegen, ein Konzept auf Basis unterschiedlicher Szenarien und Hochrechnungen vorzulegen. Abwarten, was kommt, ist aus unserer Sicht die schlechteste Lösung.

In enger Abstimmung mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Bauhilfe GmbH müssen ausreichend Wohnungsbestände zur Verfügung gestellt und bezugsfertig aufbereitet werden. Ebenso sollten für möglicherweise sprunghaft ansteigende Flüchtlingszahlen Notunterkünfte hergerichtet und logistische Vorbereitungen getroffen werden. Neben den enormen logistischen Aufgaben für die Unterbringung und Versorgung von Menschen in Not, muss insbesondere ein ausreichendes schulisches Angebot für schulpflichtige Flüchtlingskinder und Jugendliche geschaffen werden. Dafür sind Vorbereitungs- bzw. Auffangklassen vorgesehen, die insbesondere Sprachkenntnisse in Deutsch vermitteln sollen. Bisherige Annahmen gehen davon aus, dass Flüchtlingskinder und Jugendliche mindestens ein Jahr in vorbereitenden Klassen unterrichtet werden sollen, bevor sie am regulären Unterricht erfolgreich teilnehmen können. Dieser Bedarf muss festgestellt werden und in ein langfristiges Konzept eingebettet werden. Um eine Bedarfsdeckung für in Pirmasens ankommende schulpflichtige Kinder und Jugendliche sicherzustellen, sollte nicht von einer Mindestanzahl ausgegangen werden, sondern ein angemessener Spielraum für schwankende Ankunftsahlen berücksichtigt werden. Die Pirmasenser Schulen müssen für die Bewältigung dieser Aufgabe bedarfsorientiert sachlich und personell ausgestattet werden. In den Zuständigkeitsbereich des Schulträgers fallen dabei insbesondere die Schulgebäude mit einer am neuen Bedarf ausgerichteten Anzahl von Klassen- und Unterrichtsräumen. Deshalb sind insbesondere die Planungen der sogenannten Schulrochade an die neue Situation anzupassen. Schulische Ersatzmaßnahmen, Sprachförderung bei freien Trägern und die Erwachsenenbildung müssen erfasst und hinreichend gefördert werden. Auch diese Bereiche sollten in ein Gesamtkonzept einfließen und Finanzierungsmöglichkeiten dargestellt werden.

Gleiches gilt für Kindertagesstätten und Einrichtungen der Jugendhilfe. Auch in diesem Bereich müssen rechtzeitig Kapazitäten geschaffen und die personelle und sachliche Ausstattung gewährleistet werden. In Schulen und Kitas erschweren oftmals Sprachbarrieren die Integrationsbemühungen. Die Schwierigkeiten beginnen schon bei der Anmeldung von Kindern und Jugendlichen in Schulen oder Kitas und setzen sich beim Ausfüllen von Anträgen oder Lesen von Informationsbroschüren fort. Bis der Sprachunterricht in Deutsch tatsächlich greift, sollten daher dringend Dolmetscher zur Verfügung stehen. Mit relativ wenig Aufwand sollte es möglich sein, schriftliche Informationen mehrsprachig abzufassen.

Viele Flüchtlingskinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene, kommen mit erheblichen Kriegs- und Gewalttraumata zu uns. Deshalb ist ein besonderes

Augenmerk auf ein gutes und ausreichendes Angebot von psychologischen Betreuungsmaßnahmen des schulpsychologischen Dienstes und bei den freien Trägern zu richten. Auch in diesem Bereich soll eine frühzeitige Bedarfsplanung dazu beitragen, dass eine ausreichende Versorgung mit psychologischen Betreuungsangeboten für traumatisierte Flüchtlinge und Asylsuchende jedes Alters gewährleistet ist.

Dies sind nur einige Stichpunkte für die Erstellung eines Gesamtkonzeptes für eine menschenwürdige Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden und müssen von den Fachämtern ergänzt und ausgearbeitet werden.

Liegen alle Daten und Planungen vor, soll daraus ein Gesamtkonzept erstellt und zur weiteren Beratung und Beschlussfassung im Stadtrat behandelt werden.

Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE:

.....
Frank Eschrich, Vorsitzender

.....
Brigitte Freihold, stellv. Vorsitzende